

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dagmar Pelzer (fraktionslos) vom 12. 09. 90

und Antwort des Senats

**Betr.: Schutz vor den Gefahren, die von den Transporten von
Kernbrennstoffen ausgehen**

Die von Energiesenator Kubbier beauftragten Gutachter über die Gefährlichkeit von Transporten mit Kernbrennstoffen durch Hamburg haben empfohlen, Transporte von bestrahlten Brennelementen durch Hamburg vorab öffentlich bekanntzugeben. Die grün-rote Landesregierung von Niedersachsen beabsichtigt die vorherige Bekanntgabe von Transporten mit bestrahlten Brennelementen durch Niedersachsen.

Der Senat hat am 22. Juni 1990 die Ergebnisse des Gutachtens zur Sicherheit von Kernbrennstofftransporten auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg der Öffentlichkeit vorgestellt. Die im Gutachten abgegebenen Empfehlungen berühren die Aufgabenbereiche verschiedener Institutionen und Behörden auf Bundes- und Landesebene und bedürfen deshalb eines Informations- und Abstimmungsprozesses, der noch nicht abgeschlossen ist.

1. Wird der Senat fortan die Termine und Wege von Transporten mit bestrahlten Brennelementen durch Hamburg vorab öffentlich bekanntgeben?

Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

Wenn ja, wie?

Die Prüfung dieser Frage unter Abwägung des Informationsinteresses gegenüber den Sicherungsanforderungen ist noch nicht abgeschlossen.

2. Die Gutachter machten des weiteren auf die besondere Gefährlichkeit des Umschlags (Import/Export/Transit) von Uranhexafluorid im Hamburger Hafen aufmerksam. Welche Gespräche mit welchen Ergebnissen hat der Senat bzw. die Umwelt- oder die Innenbehörde über die Gefährlichkeit des Umgangs mit Uranhexafluorid mit der HHLA und ihren Beschäftigten geführt?

Der Senat hat dem Umschlagbetrieb HHLA das Gutachten zur Sicherheit von Kernbrennstofftransporten auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg am 6. Juni 1990 zur Verfügung gestellt und um Stellungnahme zu den Vorschlägen der Gutachter gebeten.

Die HHLA hat u. a. mitgeteilt, daß sie in dem speziellen Bereich der Ladungssicherung von Kernbrennstoffen nur eine begrenzte Anzahl von besonders unterwiesenen Mitarbeitern — keine Fremdfirma — einsetzt.

Die am Umschlag bzw. an der Bereitstellung von Kernbrennstoffen oder anderen radioaktiven Stoffen beteiligten Personen der HHLA werden durch die Strahlenschutzbeauftragten über die notwendigen Verhaltensweisen informiert.

Besondere Empfehlungen zur Handhabung von Uranhexafluorid an die HHLA beinhaltet das Gutachten nicht und waren deshalb auch nicht mit der HHLA zu erörtern.

3. *Die Gutachter stellten fest, daß diese Transporte von Uranhexafluorid nicht genügend gesichert sind. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, den Umschlag von Uranhexafluorid zumindest in der derzeitigen Form im Hamburger Hafen zu unterbinden?*

Der Senat hat keine eigene rechtliche Möglichkeit, den Umschlag von Uranhexafluorid im Hamburger Hafen zu unterbinden, wenn dieser von den zuständigen Bundesbehörden rechtmäßig genehmigt wurde.

Aufgrund der Empfehlung der Gutachter hat der Senat sich jedoch an die zuständigen Bundesministerien und Behörden gewandt (vgl. auch Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage Drucksache 13/6378). Die inzwischen von dort vorliegende gemeinsame Stellungnahme kommt u. a. zu dem Schluß, daß die spezifischen Gefahrenpotentiale durch Radiotoxizität und Kritikalität ausreichend durch die Sicherheit der verwendeten 48Y-Behälter berücksichtigt sind.